

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- Prof. Dr. Hans Köchler: **Selbstbestimmtes Handeln ...**
- Daniele Ganser: **Das US-Imperium ist eine Oligarchie**
- Diana Johnstone: **Die schlechten Verlierer**
- Karin Leukefeld: **B. al-Assad, Ein Feind wird gemacht**
- Karin Leukefeld: **"Die Syrer wollen ein Ende der Kämpfe"**
- Renaud Girard: **Aleppo u. Mosul, zwei belagerte Städte**
- Prof. Tim Anderson: **Die Befreiung Aleppos: ...**
- Jan Oberg: **Im befreiten Aleppo**
- Journalistin zerlegt ... die Glaubwürdigkeit der **Mainstream-Presse zu Syrien**
- German-Foreign-Policy: **Vom Frontstaat zur Transitzone**
- Emran Feroz: **Was Obama aus Afrika gemacht hat**
- **Polizei in den Niederlanden beschlagnahmte Materialien ... zum Absturz der MH17**
- **Gegendemonstrationen staatlich finanziert**
- **Volkspetition.org: Bargeldverbot stoppen!**
- Norbert Häring: **Ein gut gehütetes offenes Geheimnis: Washington .. hinter brutalem Bargeld-Experiment**
- Prof. Heinz-J. Bontrup: **Stellungnahme ... zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechn. Entsorgung**
- Heinrich Alt: **Das Grundeinkommen verstößt gegen die Menschenwürde**

In eigener Sache:

Seit Juni 2014 war unser Bürgerbrief auf der Homepage Volksinitiative "Für den ESM-Austritt" zu Hause. **Ab sofort haben wir eine eigene Homepage** (mit Umlauten !!):

<http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de/>

Hier sind wir nun direkt erreichbar mit Archiv, Selbstverständnis (Über uns) und Abo-/Kontakt-Möglichkeit.

Bitte teilen Sie interessierten Freunden unsere neue Adresse mit. Vielen Dank ...

... und die besten Wünsche für ein friedliches und demokratisches 2017.

Ihre Redaktion

- Prof. Dr. Hans Köchler: **Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden**

Für Hans Köchler kann der Mensch nur als Freier und Gleicher den Sinn der Gemeinschaft erfassen und sich darin nach seinen eigenen Prioritäten verantwortungsvoll, also mündig, entfalten. Das ist nur in einem Gemeinwesen mit direkter Demokratie möglich, in dem über den gegenseitigen Respekt Frieden gelebt werden kann.

Daher ist [Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger](#) gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, d.h. um eine nachhaltige Friedenspolitik, geht. Dagegen werden in einer "repräsentativen Demokratie" Kriege "viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen 'Repräsentanten' in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen".

Köchler arbeitet klar heraus, dass die Begriffskombination "repräsentative Demokratie" einen Selbstwiderspruch darstellt, da jeder Repräsentant über das Volk entscheidet und damit der Herrschaft des Volkes, also der Volkssouveränität, zuwider handelt. Da im allgemein politischen Diskurs und in den Medien der Begriff "Demokratie" meist für "repräsentative Demokratie" steht, macht es Sinn explizit von "direkter Demokratie" zu sprechen, obwohl "Demokratie" impliziert, dass jeder selbst entscheidet.

[Prof. Dr. Hans Köchler](#), Jg. 1948, langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, div. Gastprofessuren, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (UN), international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Daniele Ganser: **Das US-Imperium ist eine Oligarchie**

Daniele Ganser, friedensbewegter Historiker, hat am 20.11. in Landau (Pfalz) vor voll besetztem Haus einen Vortrag zum Thema "[Das US-Imperium ist eine Oligarchie](#)" gehalten. Er zeigt und belegt, wo überall in der Welt die USA mit Militärbasen vertreten sind, und vergleicht dies mit den Einflussbereichen von Russland, China und Europa.

Das Ergebnis dieses Vergleichs ist eindeutig: Es gibt nur ein Imperium und dessen Konstante ist der Krieg - im Schutz des Vetorechts im UN-Sicherheitsrat. Ganser weist daraufhin, dass auch Trump nicht beabsichtigt, den US-Militärhaushalt zu verringern oder die Folter abzuschaffen. Ganser setzt sich auch mit der Korrektur der Wählerlisten durch das Programm 'Cross Check' auseinander. (Video, 2h26)

[Daniele Ganser](#) ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Diana Johnstone: **Die schlechten Verlierer**

Diana Johnstone, eine amerikanische Journalistin, die seit 40 Jahren in Frankreich lebt, Autorin eines Buches über Hillary Clinton und die Kräfte, die hinter ihr stehen, analysiert in ihrem Artikel "[Die schlechten Verlierer \(und was sie zu verlieren fürchten\)](#)", wer nach diesem unsäglichen Wahlkampf zwischen "den zwei am meisten gehassten Personen in Amerika" sich als schlechter Verlierer geriert: Das "gesamte westliche Establishment der neokonservativen Ideologen, liberalen Interventionisten, Finanzmächten, der NATO und den Mainstream-Medien und -Politikern sowohl in den USA wie in Europa". Die Tatsache, dass ihr Globalisierungsprojekt sabotiert werden könnte, bringt sie in Panik.

Hillary Clinton, die während ihres Wahlkampfes eine regelrechte Russenphobie ausschaltete, um von ihren eigenen Skandalen abzulenken, muss jetzt Russland die Schuld dafür geben, dass sie verloren hat. Dabei leuchtet es jedem normalen Menschen ein, dass Russland für den Kandidaten Sympathien entwickelt, der die Möglichkeit eines Nuklearkriegs ablehnt.

Diana Johnstone zeichnet in ihrem Artikel ein realistisches Bild beider Kandidaten und wägt genau ab, was der Sieg Trumps bedeutet: eine winzige Möglichkeit, dass der Krieg gegen Russland nicht geführt wird. Sie spricht auch vom Versagen der ehemaligen 68er Generation, deren Aufgabe es gewesen wäre, insbesondere nach den Erfahrungen des Vietnamkriegs, über

die Machenschaften der Macht- und Finanzeliten aufzuklären anstatt sich darüber zu streiten, wer welche Toilette benutzen darf.

[Diana Johnstone](#), Jg. 1934, US-amerikanische Journalistin, Autorin und Friedensaktivistin. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Karin Leukefeld: **Bashar al-Assad: Ein Feind wird gemacht**

Karin Leukefeld befasste sich im April 2016 mit dem Entstehen des Syrien-Konflikts. Insbesondere geht sie in ihrem Artikel "[Bashar al-Assad: Ein Feind wird gemacht](#)" der Frage nach, wie sich die Einschätzung des syrischen Präsidenten im Westen vom Frühjahr 2011 an unter Mitwirkung der westlichen Botschafter vom Hoffnungsträger zum Herrscher ohne politische Zukunft wandelte.

Vorausgegangen war eine Zeit, in der sich Syrien für ausländische Investoren öffnete, und dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Aber innenpolitisch erforderliche Reformen hielten mit den wirtschaftlichen Veränderungen nicht Schritt. Die rasche wirtschaftliche Öffnung zur Türkei zerstörte die nationale Wirtschaftsstruktur, in der viele Klein- und Familienunternehmen Arbeitsplätze geschaffen und ein bescheidenes Auskommen gewährleistet hatten. Eine lang anhaltende Dürre hatte zudem die Existenz vieler Bauern und Viehzüchter vernichtet. Landflucht und ein enormes Bevölkerungswachstum ließen Satellitenstädte um die Wirtschaftszentren Aleppo, Homs und Damaskus entstehen. Privatuniversitäten förderten eine neue Elite, in den Satellitenstädten entstanden Koranschulen.

Angesichts der Ereignisse in Tunesien und Ägypten (2010/2011) lagen bei etlichen Nutznießern des syrischen Systems – vor allem bei den Geheimdiensten – die Nerven blank. Das sorgte Mitte März 2011 für die Eskalation in Deraa. Der Zorn der Menschen, die auf die Straße gingen, wandte sich nicht gegen Präsident Assad. Ihr Zorn richtete sich gegen die auf Profit und Gewalt basierende Machtstruktur eines "Regimes", das seit 50 Jahren Bestand hatte. Das schwere Erbe seines Vaters – einen auf der Macht der Geheimdienste basierenden Staat – hatte Bashar al-Assad in den zehn Jahren seiner Amtszeit (bis 2011) nicht grundlegend reformieren können.

Für die aufkommenden Absichten westlicher Regierungen ist Frankreichs Vorgehen beispielhaft: Assad und seine Regierung wurden in den Berichten des Auslandsgeheimdienstes dämonisiert. Im Präsidentenpalast wurde davon gesprochen, dass Assad gestürzt werden müsse. Der Sturz des syrischen Regimes und damit Assads wurde zur Vorgabe für den Westen, die Türkei, die Golfstaaten und die syrische Auslandsopposition. Letztere verfügte über das Sprachrohr 'Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte' in Großbritannien, deren Berichte und Einschätzungen bis heute von den meisten Medien ungeprüft übernommen werden. Eine Gesprächsbereitschaft mit Assad gab es nicht, aber man schloss sich zu den "Freunden Syriens" zusammen. Die gesprächsbereite innersyrische Opposition wurde als Handlanger des Regimes denunziert.

Leukefeld listet hier viele Details der weiteren Entwicklung der von außen geschürten Eskalation auf, das zu einem mittlerweile vierjährigen Gemetzel führte, das für den UN-Generalsekretär ein „beschämendes Symbol für die Zerrissenheit und das Scheitern der internationalen Gemeinschaft“ darstellt.

[Karin Leukefeld](#), Jahrgang 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Karin Leukefeld: **"Die Syrer wollen ein Ende der Kämpfe"**

Karin Leukefeld äußert im Interview über die Eroberung der syrischen Stadt Aleppo, dass das eine gute Nachricht ist, da die Kämpfe dort jetzt zu Ende gehen. Ob man für oder gegen die syrische Regierung ist, spielt für viele Menschen in Aleppo schon lange keine Rolle mehr. Sie wollen vor allem den Kämpfen entkommen.

Sie weist darauf hin, dass Syrien ein souveräner Staat und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen ist. Der Präsident ist gewählt, ob man ihn nun mag oder nicht. Es gab dort einen Aufstand von Menschen, die das Land verändern und die Regierung stürzen wollten. Erst haben sich die Regionalstaaten eingemischt, dann die internationalen Staaten, und so ist dieser Konflikt immer komplizierter geworden.

[Längst geht es nicht mehr um ein besseres Leben für die Syrer](#), um mehr Rechte und Demokratie, sondern um die Interessen anderer Staaten. ... Die Vereinten Nationen sagen, wenn es keine Einmischung von außen mehr gäbe, wären die Syrer in der Lage, die Situation in sechs bis zwölf Monaten zu befrieden. Dann könnte man mit dem Wiederaufbau und mit der Versöhnung beginnen. ..."

[Inhalt ↑](#)

- Renaud Girard: **Aleppo und Mosul, zwei belagerte Städte**

Der Autor beleuchtet die Ähnlichkeiten und die Unterschiede zwischen diesen beiden Belagerungen. Er listet detailliert die regionalen und internationalen Akteure auf.

Solange die Kämpfe in und um Aleppo andauerten, bekamen wir keine Informationen aus erster Hand. Dies ist bei den Kämpfen um Mosul immer noch der Fall. Westliche Reporter riskierten in Aleppo entführt zu werden und nur gegen Lösegeldzahlungen wieder freizukommen. In Mosul riskieren sie geköpft zu werden.

In beiden Fällen stellt [die westliche Presse in Schwarzweißmalerei](#) die Situation dar: In Aleppo waren die Dschihadisten die Guten, in Mosul sind es die gegen die Dschihadisten kämpfenden Kräfte.

Diese [amerikanische Sicht der Dinge](#), die sich auch die UN weitgehend zu eigen gemacht haben, entspricht für Willy Wimmer der interventionistischen NATO-Politik. Daher sind die UN in der Pflicht, ihren alten Charakter im Zusammenhang mit dem Dienst am internationalen Frieden zurückzugewinnen.

[Renaud Girard, Jg. 1955, internationaler Reporter bei 'Le Figaro' mit Schwerpunkt auf internationalen Beziehungen und kriegesischen Konflikten insbes. im Nahen Osten. \(Red.\)](#)

[Inhalt ↑](#)

- Prof. Tim Anderson: **Die Befreiung Aleppos: Ein regionaler Wendepunkt und ein Rückschlag für die von den USA angeführten Aggressoren**

Bei der Befreiung Aleppos wurden auch eine ganze Reihe [ausländischer Militärberater aus den USA, aus Saudi-Arabien und aus Israel gefangen genommen](#), die sich bei den letzten "Rebellen" in der ehemaligen Al-Qaida-Hochburg befanden. Die USA legen großen Wert auf deren baldige Freilassung, weil ihre Anwesenheit ein weiterer Beleg dafür ist, dass der Konflikt in Syrien vom Ausland inszeniert wurde und keineswegs ein "Bürgerkrieg" ist.

Wegen der von Regierungen und Mainstream-Medien im Westen verbreiteten Lügen über angeblich während der Evakuierung von rund 100'000 Zivilisten und mehreren Tausend Terroristen unter der Zivilbevölkerung begangene Massenexekutionen und Massaker hat der UN-Sicherheitsrat "unabhängige Beobachter" beauftragt, die Räumung Aleppos zu kontrollieren. Die Evakuierung ist aber schon abgeschlossen, und der Wiederaufbau und die Wiederbesiedlung der zerstörten Stadtteile haben bereits begonnen; außerdem wird jetzt ganz Aleppo von Reservisten der syrischen Armee geschützt.

[Tim Anderson, Dozent für politische Ökonomie \(Universität Sydney\), forscht und schreibt über Entwicklungen, Rechte und Selbstbestimmung in Lateinamerika, der Asien-Pazifik-Region und des Nahen Ostens.\(Red.\)](#)

[Inhalt ↑](#)

- Jan Oberg: **Im befreiten Aleppo**

Jan Oberg hat Ost-Aleppo unmittelbar nach dem Vertreiben der Dschihadisten besucht. Er sah [riesige, unbeschreibliche Zerstörungen](#), die vor allem durch systematischen Häuserkampf zustande kamen. Die Zerstörungen durch Luftangriffe machen maximal 7% bis 10% aus. Die Dschihadisten hätten offensichtlich nicht die Absicht gehabt, eine bessere Gesellschaft und ein besseres Leben zu schaffen. Aber mitverantwortlich seien neben den dort im Kampf verwickelten Kräften auch diejenigen, die den Dschihadisten politische, finanzielle und militärische Unterstützung gaben.

Die Menschen in Ost-Aleppo sind glücklich, dass die "Hölle unter den Terroristen" vorbei ist und sind den Russen und der syrischen Regierung dankbar für die Befreiung, für die Gesundheitsversorgung und die nun wieder herrschende Sicherheit.

[Jan Oberg](#), [Jg. 1951](#), schwedischer Konfliktforscher, Direktor und Mitbegründer der 'Transnationalen Stiftung für Friedens- und Zukunftsforschung' (TFF) in Lund. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Journalistin zerlegt in den UN in 2 Minuten die Glaubwürdigkeit der Mainstream-Presse zu Syrien**

Warum kann man den sog. Qualitätsmedien bei ihrer Berichterstattung zu Syrien nicht glauben? Die kanadische Journalistin Eva Bartlett stellt klar, dass die immer wieder zitierten [Quellen wie die 'Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte'](#) (Sitz Coventry, GB) nicht glaubwürdig sind. Denn diese stützen sich wiederum auf kompromittierte Gruppen wie die von einem Briten gegründeten und von westlichen Staaten finanzierten Weißhelme ab. Kompromittiert sind die Weißhelme, weil sie nachweislich falsche Berichte produzieren. Die westliche Presse habe vor Ort keine glaubwürdigen Quellen. Zudem sei das Beharren auf der Darstellung, in Syrien finde ein Bürgerkrieg statt, nicht haltbar: Die Proteste bis 2012 waren nicht gewaltfrei. Die aus Ost-Aleppo kommenden Personen sagen alle aus, dass die Regierungstruppen nicht schaden sondern helfen.

Zur ['Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte'](#) gibt es lt. der 'Süddeutschen Zeitung' keine verlässlichen Informationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **German-Foreign-Policy: Vom Frontstaat zur Transitzone**

Mit logistischer Unterstützung der Bundeswehr sind die ersten Soldaten einer vollständigen US-Brigade am 12.01. in Polen eingetroffen. Die 'Third Armored Brigade' wird sich mit über 4'000 Soldaten sowie mehr als 2'000 Panzern, Haubitzen und Militärtransportern in Polen sammeln, um anschließend in sechs östlichen EU-Staaten von Estland bis Bulgarien Kriegsübungen durchzuführen - in größtmöglicher Nähe zu Russland.

Im Rahmen der "Operation Atlantic Resolve" zur Verlegung der Truppen stellt die Bundeswehr umfangreiche logistische Hilfsleistungen bereit. Deutschland, im Kalten Krieg "Frontstaat", sei mit der Ausdehnung seines Einflussbereichs in Richtung Osten jetzt [zur "Transitzone" für militärische Aufmärsche geworden](#). So heißt es bei der Bundeswehr: Man müsse die Bevölkerung daran gewöhnen und "Vertrauen aufbauen", zumal Großverlegungen wie etwa die "Operation Atlantic Resolve" in Zukunft regelmäßig stattfinden.

Die Unterstützung für die US-Truppenverlegung entspricht deutschen Interessen: Russland ist dem Bestreben Berlins, seine Hegemonialosphäre auszudehnen, jüngst zweimal erfolgreich entgegengetreten - in der Ukraine und in Syrien.

[German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Emran Feroz: Was Obama aus Afrika gemacht hat**

[Die USA führen in fast 50 Staaten Afrikas mehr oder weniger verdeckte Kriege](#), die von 'Joint Special Operations Command' befehligt werden. Ein Teil dieser Kriege wird mittels Drohnen geführt - so auch in Somalia, wo die Folgen der US-Interventionspolitik deutlich sichtbar sind: Es gibt keine Regierung, sondern verschiedene Gruppierungen, die sich gegenseitig die Macht streitig machen.

Ein anderer Teil der Kriege wird über die Bewaffnung und finanzielle Unterstützung lokaler Armeen geführt - so in Nigeria, Kongo, Kenia, Äthiopien und Uganda. In manchen Ländern greift die US-Luftwaffe direkt ein - wie in Libyen. Um in Libyen besser per Drohnen agieren zu können, wurden Drohnen und US-Militärpersonal nach Tunesien verlegt.

[Emran Feroz](#), freier Journalist für verschiedene deutsche Medien, Blogger und Aktivist, Gründer des ["Drone Memorial"](#), einem virtuellen Denkmal für Drohnen-Opfer. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Polizei in den Niederlanden beschlagnahmte Materialien einer unabhängigen journalistischen Untersuchung des Absturzes der MH17**

Die niederländischen Journalisten Stefan Beck und Michel Spekkers wurden festgenommen, unmittelbar nach der Rückkehr in ihr Heimatland nach einer Reise in den Donbass. Dort untersuchten die Journalisten die Katastrophe der in der Ukraine abgeschossenen Boeing MH17. Die Polizei beschlagnahmte Materialien (auch Handys, Kameras und Laptops inkl. Bilder und Videos) ihrer unabhängigen Untersuchung. Die Festgenommenen hatten sich vorher nicht um Sicherheitskopien bemüht.

Die beiden Journalisten schreiben, dass "die Beamten der niederländischen Staatsanwaltschaft behaupten, dass sie selbst ein solches Material nicht hätten sammeln können, da [die Region, wo das Flugzeug abstürzte, zu gefährlich sei](#). Aber im Laufe unseres Aufenthaltes in dieser Region haben wir mit hoher Sicherheit festgestellt, dass dem nicht so ist". Und: "Die Schein-Argumentation der Staatsanwaltschaft und die Beschlagnahme der von uns gesammelten Materialien (...) geben allen Grund für erhebliche Zweifel an der Transparenz und der Glaubwürdigkeit der von ihr durchgeführten Untersuchung".

[Inhalt](#) ↑

- **Gegendemonstrationen staatlich finanziert**

Thüringen gewährt aus Mitteln des 'Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit' "[Zuschüsse für Fahrten zu Gegendemonstrationen bei rechten Aufmärschen](#)". Dies wurde in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung bestätigt: "Seit dem Jahr 2011 wurden in 46 Fällen die Organisation und die Fahrt zu Gegendemonstrationen gefördert." Auf weitere Nachfrage schlüsselte das 'Ministerium für Bildung, Jugend und Sport' die Zuschüsse für verschiedene Organisationen [nach Datum und Beträgen](#) auf. So kamen für die Jahre 2012-2015 insgesamt über 41'000 Euro zusammen.

In obiger Aufstellung ist die [Antifa nicht dabei; sie finanziert sich über eine eigene klare Struktur](#), in die neben der Bundesregierung auch die Parteien CDU, SPD und DieGrünen sowie Verbände integriert sind. Mediale Unterstützung erfolgt durch die Medienkonzerne Bertelsmann, Burda und Springer.

[Inhalt](#) ↑

- **Volkspetition.org: Bargeldverbot stoppen!**

Die Organisation ruft mit ihrer [Petition](#) dazu auf, die grundrechtlich geschützten Freiheits- und Eigentumsrechte der Bürger dieses Landes zu bewahren und weiterhin Zahlungsvorgänge mit Bargeld zu gewährleisten.

Die aktuelle Debatte um bargeldlose Geldsysteme ist eine Debatte, die völlig an der Realität und Lebenswirklichkeit der Deutschen vorbeigeht und nur darauf abzielt, eine zentral überwachte und kontrollierbare digitale Währung zu schaffen, von der lediglich Finanzdienstleister und staatliche Institutionen profitieren würden.

[Ein bargeldloses Geldsystem bedeutet die systematische Entkernung der persönlichen Freiheitsrechte](#), die Abschaffung ihrer Finanzautonomie und die damit verbundene Entwicklung hin zum gläsernen, überwachten Bürger. Dieser Gefahr muss Einhalt geboten werden!

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Ein gut gehütetes offenes Geheimnis: Washington steckt hinter Indiens brutalem Bargeld-Experiment**

Mit einem Schlag erklärte die indische Regierung am 08.11.2016 die beiden größten Geldscheine und damit über [80% des indischen Bargelds mit sofortiger Wirkung für ungültig](#). Die Geldscheine konnten nur begrenzte Zeit auf Bankkonten einbezahlt werden, bevor sie ungültig wurden. Die Bargeldabgabe der Banken wurde streng limitiert. Fast die Hälfte der Inder hat kein Bankkonto und sehr viele keine Bank in ihrer Nähe. Folgerichtig gab es eine extreme Geldknappheit und große Härten vor allem für die ärmeren und ländlichen Bevölkerungsgruppen.

Hinter dieser Maßnahme steht die Einflussnahme der US-Entwicklungshilfeorganisation USAid, mit der "die nächste Phase in der Partnerschaft zwischen USAid und dem indischen Finanzministerium um universelle finanzielle Inklusion" vorangebracht werden soll.

Mit der Maßnahme wird laut Norbert Häring ein erster Schritt vollzogen, um die rein Bargeld basierte indische Wirtschaft auf bargeldlosen Geldverkehr umzustellen.

[Norbert Häring](#) ist Volkswirt, seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Prof. Heinz-J. Bontrup: **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung**

Der Direktor des Westfälischen Energieinstituts Bontrup hatte für die Bundestagsausschuss-Beratungen zum Gesetzentwurf zur [Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung](#) von unerträglichem Politikversagen gesprochen. Die AKW-Betreiber seien laut Atomgesetz verpflichtet, die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung des von ihnen erzeugten radioaktiven Abfalls einschließlich der Endlagerung zu tragen. Mit den vereinbarten einmaligen Zahlungen können sich die Betreiber für immer von allen originär vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zur Entsorgung des angefallenen Atommülls entledigen.

Die Begründung, die Betreiber seien in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage trage nicht, da dieser Tatbestand übertrieben dargestellt werde. Bontrup legt auch die Verandelung der Politik mit der Atom-Lobby ausführlich offen. Er bemängelt, dass den Konzernen Rückstellungen erlaubt aber eine Rücklagenbildung nicht vorgeschrieben worden seien.

[Heinz-J. Bontrup](#), Jg. 1953, Wirtschaftswissenschaftler, u. a. Sachverständiger im Deutschen Bundestag und verschiedenen Landtagen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Heinrich Alt: **Das Grundeinkommen verstößt gegen die Menschenwürde**

Mittlerweile setzen sich Vorstände deutscher Unternehmen für das bedingungslose Grundeinkommen ein. Schon Hannah Arendt (1958) hat es geahnt, Ralf Dahrendorf (1982) war sich sicher: Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus. Hintergrund der Sorge waren Innovationsschübe, verbunden mit einem Strukturwandel und der Befürchtung, Millionen wegrationalisierter Arbeitsplätze seien nicht zu kompensieren. Nun scheint es so weit zu sein.

Aber heißt Grundeinkommen letztlich nicht schlicht, dass sich die Wirtschaft [jeder Verantwortung gegenüber den Erwerbsfähigen entledigt?](#) Was ist mit denen, die sich nicht mit dem Grundeinkommen abfinden möchten, aber keine Arbeit finden, weil sie weniger qualifiziert, weniger produktiv, behindert oder älter sind? Rufen wir ihnen zu: Ihr gehört leider zum überschüssigen Arbeitsangebot, aber da ihr auf der Welt seid, lassen wir euch nicht verhungern. Ist das die humane Idee hinter dem Grundeinkommen?

Der Autor fragt sich: Woraus soll man sich Status und Anerkennung ableiten? Wie bleibt man Vorbild für seine Kinder? Und was bedeutet das bedingungslose Grundeinkommen für unser Bildungssystem?

Auch für Christoph Butterwegge ist das ['Bedingungslose Grundeinkommen' eine Utopie](#). Wer schon reich ist, braucht es nicht, für die Armen reicht es nicht. Insbesondere sei zu beachten, dass das Problem ihrer sozialen Ausgrenzung bestehen bliebe, selbst wenn Erwerbslose durch ein Grundeinkommen materiell besser abgesichert wären. Denn in einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Berufstätigkeit.

[Heinrich Alt](#), Jg. 1950; Arbeitsvermittler, ehemaliges Mitglied im Vorstand der der Bundesagentur für Arbeit. (Red.)

[Christoph Butterwegge](#), Jg. 1951, bis 2016 Professor für Politikwissenschaft, Armutsforscher und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt). (Red.)

[Inhalt](#) ↑